

## **Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft**

### **Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - Verein für Socialpolitik -**

- Vorsitzender: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach,  
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg
- Stellvertr.  
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Dr. h. c. Dieter Schneider,  
Universität Bochum
- Schatzmeister: Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
- Geschäftsführer: Dr. Otto G. Mayer,  
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg
- Geschäftsstelle: c/o HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung,  
Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg, Tel. (040) 35 62 308

### **Ausschuß für Ökonometrie**

Dank der Vermittlung von Prof. Dr. *H. Rinne*, Universität Gießen, fand die diesjährige Tagung des Ausschusses, wie in der Vergangenheit, in der Zeit vom 13. bis 15. März auf Schloß Rauischholzhausen bei Marburg statt. Es nahmen 19 Mitglieder und 7 Gäste teil. Für die Sitzung war kein spezifisches Thema festgelegt. Die Vorträge umfaßten sowohl methodische als auch empirisch-ökonometrische Themen.

Prof. Dr. *G. Uebe*, Hochschule der Bundeswehr, Hamburg, sprach über „Eine Langfristprognose der deutschen Bevölkerung“. Ausgehend von der Darstellung der Bevölkerungsentwicklung als eine Markovkette mit fester Frobeniusmatrix wurde eine Prognoseschätzung für die Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1992–2020 erstellt. Wenn keine Zuwanderung stattfinden sollte, dann wird die Wohnbevölkerung laut Prognose sich rückläufig entwickeln und langfristig auf etwa 68 Millionen Einwohner geschätzt. Bei einem Wanderungssaldo von 300 000 Personen jährlich beträgt die Prognose der deutschen Bevölkerung für das Jahr 2020 etwa 76 Millionen. Die Anteile der jüngeren Altersgruppen schrumpfen zugunsten der älteren Altersgruppen. Bei den Frauen wird der Anteil der über Fünfzigjährigen von 38 % im Jahre 1993 auf etwa 49 % ansteigen. Für die Männer wird ein Anstieg von 30 % im Jahre 1993 auf 34 % im Jahre 2020 prognostiziert. Schwankungsbreiten für die Punktprognosen lagen noch nicht vor.

Prof. Dr. *A. Kneip*, Université Catholique de Louvain, Louvain-la-Neuve, sprach zum Thema „Ein neuer Ansatz zur Modellierung einer Konsumfunktion“. Ziel dieses Ansatzes war es, die Effekte von Veränderungen in der Einkommensverteilung auf

den Pro-Kopf-Konsum abzuschätzen, wobei Annahmen über Veränderungen der Verteilung – nicht des individuellen Verhaltens – gemacht werden. Anhand von britischen individuellen Einkommensdaten für den Zeitraum 1968–1984 wurde jährlich eine log-normale Einkommensverteilung geschätzt. Eine Kernschätzung der Einkommensverteilung war bimodal. Untersucht wurde anschließend ein Nachfragesystem für zwei Güter, wobei der Pro-Kopf-Konsum kausal vom Pro-Kopf-Einkommen, von den Preisen der beiden Güter und von Zinssätzen bestimmt wurde. Die Koeffizienten dieses Systems variieren mit der Varianz der Einkommensverteilung. Eine empirische Analyse der Pro-Kopf-Konsum- und Einkommensdaten für Haushalte von Vollzeitbeschäftigten in Großbritannien zeigt u. a. für den Zeitraum 1968–1984, daß eine größere Einkommensungleichheit vielfach zu geringerem Konsum führt.

Prof. Dr. *W. Pohlmeier*, Universität Konstanz, sprach zum Thema „Verallgemeinerte Momentenschätzung“ von Panelmodellen mit Zähldaten. Im Rahmen des Vortrags wurden Eigenschaften von konditionalen Momentenschätzern sowie von zweistufigen Verfahren für Panelmodelle mit zufälligen Individualeffekten für Zähldaten vorgestellt. Beim zweistufigen Verfahren werden Parameterrestriktionen im Rahmen von Minimum-Distanz-Schätzern berücksichtigt. Erörtert wurden Ergebnisse einer Anwendung der Theorie der Momentenschätzer auf die Nachfrage von Arbeitnehmern nach ambulanten medizinischen Leistungen im Zeitraum 1984–1987.

Prof. Dr. *W. Ploberger*, University of St. Andrews, Schottland, sprach über „Modellwahl mit minimalem Informationsverlust in der Zeitreihenanalyse“. Im Rahmen des Vortrages wurde als Gütemaß eines Modells der Logarithmus der entsprechenden Dichten der Daten verwendet. Dieses Gütemaß ist eine Verallgemeinerung des Kullback-Leibler-Kriteriums. Die statistischen Eigenschaften des Gütemaßes wurden vorgestellt. Es wurde gezeigt, daß klassische und Bayessche Paradigmata asymptotisch zu denselben Schlußfolgerungen führen. Klassische und Bayessche Analysen mit flachen Vorverteilungen liefern asymptotisch die gleiche Güte. Bayessche Verfahren liefern oft asymptotisch einfache Modelle (es gilt z. B. Normalität der Bayesschen Nachverteilung im Falle von Einheitswurzeln in Zeitreihen). In hochdimensionalen Räumen sind klassische Methoden den Bayesschen bei endlichem Stichprobenumfang unterlegen.

Prof. Dr. *K. Neusser*, Universität Bern, referierte zum Thema „Multisektorales Wachstum bis Marshallschen Externalitäten“. Im Rahmen dieser Arbeit wurde ein multisektorales Gleichgewichtsmodell untersucht. Bei diesem Ansatz entsteht endogenes Wachstum durch Marshallsche Externalitäten bei der Kapitalanhäufung. Aus dem theoretischen Modell wurde eine Struktur für die Zusammenhänge zwischen der sektoralen Kapitalintensität und der Arbeitsproduktivität abgeleitet. Die Intensität der Externalitäten wurde anhand von einer Kointegrationsanalyse von Daten für neun Industriesektoren für Deutschland und die USA, 1960–1992, geschätzt. Die langfristige Externalität wurde aus einer Schätzung der Elastizität der Faktorproduktivität zur Kapitalintensität abgeleitet. Die Ergebnisse sind vorläufig. Sie sind mit früheren Ergebnissen von Caballero und Lyons für die großen europäischen Länder vergleichbar. Eindeutige Aussagen über das Ausmaß von langfristigen Marshallschen Externalitäten waren nicht möglich.

Prof. Dr. *M. Funke*, Universität Hamburg, sprach zum Thema „Asymmetrische Schocks und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“. Im Rahmen dieser Arbeit wurden Angebots- und Nachfrageschocks im Sinne von Innovationen eines bivariaten autoregressiven Modells (Impuls-Antwort-Folgen) für die ersten Differenzen von Preisen und von dem realen Sozialprodukt untersucht. Es zeigt sich, daß Angebotsschocks von 1 Prozentpunkt in Deutschland (1960–1993) langfristig zu einer Er-

höhung um 4 Prozent des realen Brutto-Sozialprodukts führen. Die langfristigen realen Effekte von Nachfrageschocks sind wie zu erwarten gleich null. Langfristig führen Nachfrageschocks von 1 Prozentpunkt zu einer Preiserhöhung um vier Prozent. Es wurde ferner festgestellt, daß Nachfrageschocks kurzfristig zu positiven Veränderungen von Preisen und vom realen Sozialprodukt führen. Angebot- und Nachfrageschocks in Deutschland korrelieren positiv mit den jeweiligen Schocks in den übrigen Ländern der Europäischen Union, so daß der Zeitpfad der Anpassung in Deutschland an Schocks in diesen Ländern erwartungsgemäß ähnlich verlaufen wird wie bei Schocks in Deutschland.

Prof. Dr. H. *Schneeweiss*, Universität München, sprach über „Faktoren und Varianzkomponenten“. Ziel des Vortrages war es, der Frage nachzugehen, inwieweit Hauptkomponenten als Approximation für die Faktoren im linearen Faktorenmodell verwendet werden können. Es wurde gezeigt, unter welchen Bedingungen die Hauptkomponenten und die Eigenvektoren der Kovarianzmatrix der Beobachtungen zuverlässige Schätzer der Faktoren beziehungsweise der Faktorladungen ergeben. Für das Einfaktormodell wurde der Kosinus im Quadrat des von den Faktor- und Hauptkomponentenladungen gebildeten Winkels als Nähemaß verwendet. Es wurde u. a. gezeigt, daß dieses Bestimmtheitsmaß gegen eins konvergiert, wenn der Quotient der Differenz zwischen dem größten und dem kleinsten Eigenwert der Kovarianzmatrix der Daten und dem Skalarprodukt der Faktorladungen gegen null konvergiert.

Prof. Dr. G. *Gehrig*, Universität Frankfurt, stellte in seinem Vortrag zum Thema „ETAS, ein Modellgenerator zur Unterstützung von Lehre und Forschungskooperation“ das Programmpaket „Econometric Tools for Advanced Studies“ (ETAS) vor. Dieses Programm ermöglicht die Datenverwaltung, Modellspezifikation und -schätzung, Hypothesenauswahl unter Berücksichtigung von statistischer Signifikanz und ökonomischer Plausibilität, sowie anschließende Modellsimulation in einem Durchgang für Datenkränze von bis zu 600 Zeitreihen mit einer Länge von bis zu 50 Beobachtungen. Zur Bestimmung der Parameterschätzungen wird die Methode der kleinsten Quadrate verwendet. Über Interface ist es möglich, auf Verfahren im Programmpaket TSP zurückzugreifen. Die Durchführung einer Simulation veranschaulichte die Verwendungsmöglichkeiten dieses Lernprogramms.

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für den 19. – 21.3.1997 geplant.

Prof. Dr. F. C. Palm, Maastricht

### Wirtschaftspolitischer Ausschuß

Der Ausschuß tagte vom 18. – 20. März 1996 an der Universität Fribourg/Schweiz unter der Leitung von Prof. Dr. *Werner Zohlnhöfer* (Mainz). Das Generalthema lautete „Probleme und Reformbedarf der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“. Die örtliche Organisation lag in der Hand von Prof. Dr. *Gerhard Aschinger* (Fribourg), der zusammen mit seiner Gattin im ansprechenden Rahmenprogramm auch einen Empfang mit Begrüßung durch die Präsidentin des Staatsrats des Kantons Fribourg, Frau Dr. *Ruth Lüthi*, und einen Besuch im Schulungszentrum der Schweizerischen Nationalbank in Gerzensee arrangiert hatte.

Als Auftakt der zahlreichen Referate beleuchtete Prof. Dr. *Ernst Baltensperger* (Bern) am Eröffnungstag (18. März) „Die Europäische Währungsunion (EWU) und ihre Bedeutung aus der Perspektive der Schweiz“. Nach Ansicht des Referenten sind die Hauptprobleme der EWU in der Heterogenität der geld- und fiskalpolitischen

Vorstellungen und Präferenzen der Mitgliedsländer begründet. Entsprechend sah er auch die für die Schweiz zu erwartenden Auswirkungen vor allem in Abhängigkeit vom Gelingen dieses währungspolitischen Projekts. So würde nach seiner Auffassung eine erfolgreiche EWU die Schweiz über kurz oder lang dazu veranlassen, mit dem Währungsverbund formell oder mindestens informell zu kooperieren. Als Nicht-EU-Land komme für die Schweiz dabei vor allem eine einseitige Anbindung des Schweizer Franken an die Eurowährung in Betracht.

Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf den Fall, daß die EWU zunächst nur als eine Gemeinschaft weniger Länder, d. h. als „Kernwährungsunion“ zustande kommt. In dieser Konstellation sei es ganz entscheidend, wie sich die „Outs“ unter den EU-Mitgliedstaaten verhalten; denn dies würde auch die Reaktionen der Schweiz wesentlich bedingen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sei bei einer instabilen Währungsunion eine Aufwertung des Schweizer Franken zu erwarten, die sich vor allem auf den Arbeitsmarkt der Schweiz nachteilig auswirken würde.

Am Vormittag des zweiten Sitzungstages (19. März) standen drei Referate zu Erörterung, die sich mit der grundsätzlichen Frage auseinandersetzten, inwieweit die prinzipiell bereits beschlossene EWU als wünschenswert, durchsetzbar und erfolgversprechend zu betrachten ist.

So zog Prof. Dr. Dr. *Gerhard Aschinger* (Fribourg) in seinem Beitrag „Ist die Europäische Währungsunion realisierbar?“ ein eher skeptisches Resümee: Europa sein kein optimales Währungsgebiet, die Konvergenzkriterien wiesen schwerwiegende Mängel auf und der Übergang zur Währungsunion sei – bei strikter Anwendung der Konvergenzkriterien – nur für wenige Länder zu schaffen; unter diesen Bedingungen bestehe auch für die restlichen Mitgliedsländer kaum Aussicht, in absehbarer Zeit die Zugangsauflagen hinreichend zu erfüllen.

Prof. Dr. *Theresia Theurl* (Innsbruck) bezweifelte in ihrem anschließenden Referat „Vernachlässigung wirtschaftspolitischer Interdependenzen im Vertrag von Maastricht: Integrationspolitische Konsequenzen“, daß es eine Dominanz der monetären Ordnung gebe, die die Mitgliedsländer der Währungsunion letztlich zu den für eine erfolgreiche Währungsunion erforderlichen Anpassungsprozessen zwingt. Die realwirtschaftlichen Probleme sowie die innerstaatlichen Bedingungen der politischen Willens- und Entscheidungsbildung ließen vielmehr erwarten, daß die Mitgliedsländer weithin nicht in der Lage seien, die gebotene Modifikation ihrer Fiskal- und Tarifpolitik zu gewährleisten.

In seinem zusammen mit *Christian Schmidt, M. A.* (Hamburg), verfaßten Beitrag „Reale Konvergenzkriterien: Theoretische Notwendigkeit und praktische Relevanz“ ging Prof. Dr. *Thomas Straubhaar* (Hamburg) von der Feststellung aus, daß der Maastrichter Vertrag zur Schaffung der Währungsunion als der politische Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands anzusehen sei. Da an dieser politischen Finalität nicht zu rütteln sei und da zugleich die festgelegten Konvergenzkriterien weder notwendig noch hinreichend seien, setzte er sich für ein pragmatisches Vorgehen ein, das auf eine große Teilwährungsunion auf der Basis weit und weich ausgelegter Konvergenzkriterien abstellt. Diese relativ umfangreiche Währungsunion sollte gegenüber den weniger stabilen EU-Ländern mit einem System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse verbunden sein. Von einem solchen Verbund versprach sich der Referent auf lange Sicht positive Wachstumsimpulse und ein weiteres politisches Zusammenwachsen der EU-Mitgliedstaaten.

Die Diskussion der drei Referate führte zu einem weitgehenden Einvernehmen darüber, daß die Politik bei allem Verständnis für die Argumente der politischen Finalität

tät nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfe, die für einen Erfolg der geplanten Währungsunion erforderlichen ökonomischen und politischen Regeln zu formulieren und durchzusetzen. Insofern wurde Skepsis gegenüber allzu großer Bereitwilligkeit geäußert, pragmatische Lösungen zu befürworten, nur um den Zeitplan einzuhalten. Vielmehr sei eine Verschiebung – bei allen damit verbundenen Problemen – nicht nur denkbar; sie sei auch durchaus sinnvoll, wenn sie nicht zu früh beschlossen und die damit zu gewinnende Zeit von den EU-Staaten genützt werde, um sich auf eine erfolversprechende Mitgliedschaft im anstehenden Währungsverbund (gründlich) vorzubereiten.

Prof. Dr. Dr. h. c. *Reimut Jochimsen* (Düsseldorf) ging zu Beginn der Sitzung am Nachmittag des 19. März in seinem Vortrag „Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – Kursbestimmung für Maastricht II aus wirtschafts- und währungspolitischer Perspektive“ von der Feststellung aus, daß die Währungsunion auf unvollständigen und imperfekten Verträgen beruhe. Daraus zog er für Maastricht II den Schluß, daß am Ziel einer Währungsunion festzuhalten sei, diese jedoch nicht mit weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Zielvorstellungen überfrachtet werden dürfe. Vielmehr sei es wichtig, die Konvergenzanstrengungen zu verstärken und das Verhältnis zwischen den „Ins“ und den „Outs“ einer Währungsunion auf eine tragfähige Basis zu stellen. Dies sei sowohl für die weitere Vollendung des Binnenmarktes als auch für die Erreichung einer Stabilitätsunion von ausschlaggebender Bedeutung. Eine Verschiebungsdebatte hielt er schon aus stabilitätspolitischen Gründen für verfrüht, wenn nicht sogar für schädlich.

Demgegenüber stellte Prof. Dr. *Renate Ohr* (Stuttgart-Hohenheim) „Monetäre Steuerungsprobleme in einer Europäischen Währungsunion“ in den Mittelpunkt ihres Beitrags und befürwortete vor dem Hintergrund der von ihr aufgezeigten Unsicherheiten über die zu erwartende Wirksamkeit einer europäischen Geldpolitik eine Verschiebung der EWU. Besondere Steuerungsprobleme sah sie darin, daß die Finanzierungs- und Vermögensstrukturen und die Transmissionsmechanismen einerseits sowie die Umlaufgeschwindigkeiten des Geldes andererseits kein einheitliches Bild in Europa aufwiesen. Selbst in den für den Beginn der Währungsunion in Betracht kommenden Ländern seien die Unterschiede so gravierend, daß zumindest eine längere „Vorlaufzeit“ zu empfehlen sei, um die Gefahr von Instabilitäten nach dem Beginn der Währungsunion zu reduzieren.

Prof. Dr. *Rolf Caesar* (Stuttgart-Hohenheim) widmete sich mit seinen Ausführungen „Zur Reform des EU-Einnahmensystems“ einem häufig vernachlässigten Gebiet der EU-Finzen. Aufgrund finanzwissenschaftlicher Überlegungen anhand relevanter politischer und ökonomischer Kriterien kam er im wesentlichen zu dem Ergebnis, daß das bisherige System der Beitragsfinanzierung zwar verbesserungsfähig, aber grundsätzlich beizubehalten sei. Demgegenüber äußerte er sich skeptisch zum Vorschlag EU-eigener Steuern und kritisierte EU-Zölle als allokativ ineffizient. Ein Verschuldungsrecht für die Europäische Union lehnte er prinzipiell ab.

In der sich anschließenden Diskussion wurde noch einmal nachdrücklich dafür plädiert, die Politiker nicht durch eine voreilige Verschiebungsdebatte oder die Befürwortung weicherer Konvergenzkriterien aus den selbst gesetzten Zwängen einer Haushaltskonsolidierung zu entlassen. Als Beispiel wurde auf Belgien verwiesen, das – trotz einer hohen Staatsverschuldung – häufig als potentieller Beitrittskandidat für die Währungsunion gehandelt werde, weil es immerhin in hohem Maße dem Kriterium der Preisniveaustabilität genüge. Dabei werde allerdings übersehen, daß die hohe Staatsverschuldung in Belgien nahezu jeden zweiten Belgischen Franc im Haushalt für notwendige Zinszahlungen binde, so daß für dringend notwendige Maßnahmen

im Bereich der Forschung, des Arbeitsmarktes, der Struktur-, Verkehrs- und Standortpolitik überhaupt kein Spielraum mehr gegeben sei. Ein in diesen Bereichen aktiver Staat sei jedoch dringend geboten, wenn die EWU zum Erfolg geführt werden solle. Die Abstinenz in den eben genannten Politikbereichen wurde auch von französischer Seite beklagt. In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gerade eine verfrüht eingeführte Währungsunion den skizzierten Handlungsbedarf vergrößert, dessen Deckung jedoch gleichzeitig erschwert.

Zu Fragen der praktischen Geldpolitik wurde erörtert, welches Konzept die Europäische Zentralbank verfolgen sollte. Bisher sei noch in keiner Weise erkennbar, ob eine diskretionäre, antizyklische oder eine potentialorientierte Geldpolitik angestrebt werde. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die in den Referaten aufgezeigten Gefahren für die Wirksamkeit einer europäischen Geldpolitik vor allem im Falle einer diskretionären Geldpolitik zu befürchten seien.

Der Schlußtag (20. März) stellte institutionelle Regelungen in der Europäischen Union in den Mittelpunkt der Beratungen. So unternahm Prof. Dr. *Wernhard Möschel* (Tübingen) zunächst den Versuch, die aus Maastricht II resultierenden „Institutionelle(n) Änderungen auf Gemeinschaftsebene“ zu prognostizieren. Nach seiner Auffassung sind nur sehr bescheidene Ergebnisse zu erwarten. Es werde weder eine „Neuverortung“ der Kompetenzen, um z. B. den Gedanken des fiskalischen Föderalismus zu akzentuieren oder dem organisierten Verbrechen stärker begegnen zu können, noch eine Neuorganisation der Entscheidungsorgane geben. Bedeutsamer seien vielmehr die Themenbereiche der Währungsunion einerseits und der Osterweiterung der Europäischen Union andererseits, die jedoch nur schwach agendiert seien.

Anschließend skizzierte Prof. Dr. *Hartmut Berg* (Dortmund) in seinem Referat über „Reformerfordernisse und Reformmöglichkeiten der Gemeinschaftsinstitutionen und ihres Zusammenwirkens“ die Ökonomische Theorie der Verfassung, um daraus grundlegende Postulate für die Verfassung einer Europäischen Union abzuleiten. Im Lichte dieser normativen Vorstellungen prüfte er den verfassungsrechtlichen Status quo, um auf der Basis der dabei identifizierten Defizite verfassungspolitische Forderungen für die Agenda der Regierungskonferenz über Maastricht II abzuleiten. Unter Berücksichtigung politischer Restriktionen votierte er dabei für die vertragliche Festschreibung des Konzeptes der abgestuften Integration als zweitbeste Lösung, weil dieses Konzept den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffne, eigenständig darüber zu entscheiden, weitere Schritte in einen europäischen Leistungs- und Verteilungsstaat zu unterlassen oder auch zu verzögern, wenn dies gewollt sei, ohne dauerhaft und vollends auf eine Teilnahme am Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas verzichten zu müssen.

Schließlich legte Prof. Dr. *Roland Vaubel* (Mannheim) unter dem Titel „Constitutional Safeguards Against Centralization in Federal States: An International Cross-Section Analysis“ die Ergebnisse einer internationalen Zeitreihenanalyse über die Bestimmungsgründe politischer Zentralisierungstendenzen in Bundesstaaten vor. Im Ergebnis zeigte sich, daß Alter und Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts, der Einfluß von Teilstaaten (einer Föderation) auf die Gesetzgebung sowie Mitspracherechte bei der Erhöhung von Bundessteuern einer Zentralisierung wesentlich entgegenwirken. Der Referent empfahl, im Zuge der anstehenden institutionellen Änderungen in der Europäischen Union die skizzierten Erkenntnisse nutzbar zu machen.

In der abschließenden Diskussion bestand weitgehend Konsens darüber, daß es gründlicher institutioneller Reformen der Europäischen Union bedarf, um die gegenwärtigen Probleme der Gemeinschaft der Fünfzehn zu lösen, mehr aber noch um die

Währungsunion zu einem Erfolg zu führen sowie die Osterweiterung in Angriff zu nehmen und erfolgreich zu bewältigen. Die Diskussion bot Gelegenheit, mit den Referenten die Implikationen spezifischer Vorschläge sowie etwaige Implementationsprobleme zu erörtern. Die Runde stimmte darin überein, daß insbesondere die erwünschte Osterweiterung weitreichende institutionelle Vorkehrungen unabdingbar mache, wenn die Europäische Union ihre Entscheidungsfähigkeit nicht völlig verlieren und sich damit selbst blockieren soll. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer aber auch darüber, daß einer weiteren Konzentration von Kompetenzen im Rahmen der EU Einhalt geboten werden müsse. Dabei wurde betont, daß unabhängige Institutionen wie etwa Verfassungsgerichte, Rechnungshöfe oder Zentralbanken als Vorkehrungen zur Sicherung gegen übertriebene und unerwünschte Zentralisierungstendenzen und zur Sicherung freiheitlich verfaßter Gesellschaften zwar nötig und unersetzbar seien. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß es sich dabei um im Kern nicht demokratisch legitimierte Institutionen handle; deshalb sei stets und uneingeschränkt darauf zu achten, daß sie sich strikt auf die ihnen anvertraute, jeweils eindimensional definierte Aufgabe beschränken.

Prof. Dr. Werner Zohlnhöfer, Mainz

### **Bericht über die Tagung des Theoretischen Ausschusses 1996**

Die Tagung des Ausschusses für Wirtschaftstheorie fand vom 25. April bis 27. April 1996 auf Schloß Reisenburg bei Günzburg/Donau statt.

Es wurden folgende Vorträge gehalten:

*W. Leininger*: Wettstreite: Theorie und Experimente

*J. Eichberger*: E(llsberg)-Kapazitäten und das Ellsberg Paradox

*G. Nöldeke*: Marktzusammenbruch in Signalisierungsmodellen

*V. Böhm*: Erwartungen und perfekte Prognosen in dynamischen Systemen

*J. Zechner*: Institutionelle Regelungen von Erstemissionen, Monitoring und die Eigentumsstruktur der Aktionäre

*G. Orosel*: Rationales ‚Trend Chasing‘ und andere Implikationen von Partizipationskosten in Finanzmärkten

Am 26. April fand abends ein Kaminesgespräch mit *W. Güth* zum Thema „Experimentelle Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftstheorie?“ statt.

Prof. Dr. Egbert Dierker, Wien